

Warum braucht Vielfalt Säkularismus?

Die Diskussion um ein kleines Wort mit großer Bedeutung

Shaikh Mujibur Rehman

Indien ist laut Verfassung eine „souveräne, sozialistische, säkulare, demokratische“ Republik. Doch diese Attribute bieten gehörigen Sprengstoff, wie die aktuellen Debatten zeigen. Die Tatsache, dass das Wörtchen „*secular*“ (*panthnirpeksh*) – wie auch das Wort „sozialistisch“ – nicht im Originaldokument enthalten waren und erst 1976 hinzugefügt wurden, rechtfertigt nicht, es jetzt wieder zu entfernen.

Die Ausbreitung und Konsolidierung der politischen Macht der Hindu-Nationalisten hat einige legitime Sorgen über die Zukunft des indischen Säkularismus hervorgerufen. Während Kritik am Säkularismus-Konzept schon in den öffentlichen Debatten während des Unabhängigkeitskampfes zu finden ist, begann der Sturm gegen Säkularismus im Zuge der *Ayodhya*-Bewegung. In den späten 1980er und den 1990er Jahren behauptete die von der *Bharatiya Janata Party* (BJP) angeführte Kampagne, dass der Säkularismus nur der Beschwichtigung der Muslime diene. Die BJP argumentierte weiter, das Konzept schädige Indiens Demokratie, da es *vote bank politics* institutionalisiert habe (siehe Kasten). Der Kongresspartei warf man vor, einen „negativen“ oder „Pseudo“-Säkularismus nach westlichem Vorbild zu propagieren. Demnach mischt sich der Staat nicht in religiöse Angelegenheit ein, und Staat und Religion sind strikt getrennt. Stattdessen bevorzugte man ein „positives“ Säkularismus-Verständnis, wonach der Staat alle Religionsgemeinschaften gleichwertig behandeln sollte und sich somit auch die Religion der Mehrheit im politischen Leben widerspiegeln sollte. Während dieses Begriffspaar damals häufig verwendet wurde, verschwand es in den letzten Jahren auf einmal aus dem Vokabular der Hindu-Nationalisten.

Den „vote-bank politics“ geht die Annahme voraus, dass die Mitglieder einer größeren oder kleineren Gruppe einheitlich wählen und sich dabei meist an die Empfehlung einer Führungspersönlichkeit oder Elite halten. Parteien versuchen also, mit gezielten Maßnahmen oder Versprechen die Gruppenidentität anzusprechen. Beispielsweise warfen Hindu-Nationalisten der Kongresspartei vor, mit der Stärkung der „Minderheitenrechte“ um die Stimmen muslimischer Gemeinschaften zu werben.

Säkularismus – Einheit in der Vielfalt

Der wichtigste Moment in der Debatte um Säkularismus in den letzten Jahren war für die Hindu-Nationalisten eine Rede von Narendra Modi während des Wahlkampfes 2014. Modi führte von Veranstaltung zu Veranstaltung die bis dato nachhaltigste Attacke gegen die Idee des indischen Säkularismus aus. Bei einer Veranstaltung in Bulandshahr (Uttar Pradesh) am 26. März 2014 vertrat er die Meinung, dass das Säkularismus-Konzept die indischen Muslime arm gehalten habe. In diesem Punkt blieb er sich als Premierminister treu, auch wenn er bei anderen Themen schwankt. Bei einer Party des

indischen Botschafters in Berlin am 14. April 2015 sprach er davon, dass die Sprache Sanskrit am meisten unter dem „Säkularismus-Fieber“ gelitten habe.

Es gab auch Anlässe, bei denen Herr Modi hervorhob, dass die Vielfalt Indiens Stärke sei, ohne jedoch anzuerkennen, dass Vielfalt als politisches Projekt – wie in Indien unter Nehru eingeführt – nur in Kombination mit Säkularismus als einem Grundwert effektiv verwirklicht werden kann. Dies ist eine tragische Schwachstelle im Vielfalts-Verständnis der Hindu-Nationalisten. Innenminister Rajnath Singh erklärte einleitend in die Parlamentsdebatte über Intoleranz am 26. November 2015, dass seiner Meinung nach Säkularismus das am häufigsten missbräuchlich verwendete Wort sei. Für die Hindu-Nationalisten mag das Säkularismus-Konzept zwar auch Vorteile mit sich bringen, aber diese seien trivial und könnten genauso gut in der Hindutva-Ideologie gefunden werden – die offenkundig großzügig, gütig und allumfassend sei. Dabei wird suggeriert, das Problem sei nicht die Minderheiten ausgrenzende Hindutva-Ideologie, sondern die falschen Vorstellungen der Säkularisten von einer ansonsten ehrenwerten Idee.

Die Hindu-Nationalisten werden nicht müde, jeden daran zu erinnern, dass Indiens Gründungsväter – inklusive

B.R. Ambedkar, der "Vater der Verfassung" – es nicht für notwendig gehalten, das Wörtchen "secular" in die Präambel der Verfassung aufzunehmen. Es wurde erst als Teil der 42. Änderung während Indira Gandhis Ausnahmezustand integriert. In seiner Rede betonte Herr Singh Ambedkars Widerwillen, das Wort einzufügen. Fakt ist, dass Ambedkar während der Verfassungsgebenden Versammlung zwei Mal in die Debatte über den Antrag von K.T. Shah¹ eingriff: Die Aufnahme des Wortes „sozialistisch“ lehnte er entschieden ab, da die nachfolgenden Generationen ihre Wirtschaftsform selbst wählen sollten. Zur Frage des Säkularismus schweig er jedoch. Ambedkar war in keinster Weise ein überzeugter Sozialist. Betrachtet man jedoch seine Schriften zu Minderheitenrechten, Muslime, Pakistan und anderes im Lichte von Formulierungen wie „Ich wurde als Hindu geboren, werde aber nicht als einer sterben“, oder „Hinduismus ist keine Religion“, dann wählte er eine Form von Säkularismus, die sich von der seitens Nehru und Gandhi unterschied. Sein Säkularismus handelt von menschlicher Würde, und seine

Idee von Säkularismus als einer politischen Kultur soll den Menschen von allem menschenverursachten Leid im Namen der Religion befreien. Würde er heute noch leben, wäre er mit Sicherheit der leidenschaftlichste und gelehrteste Kritiker der Hindutva-Politik.

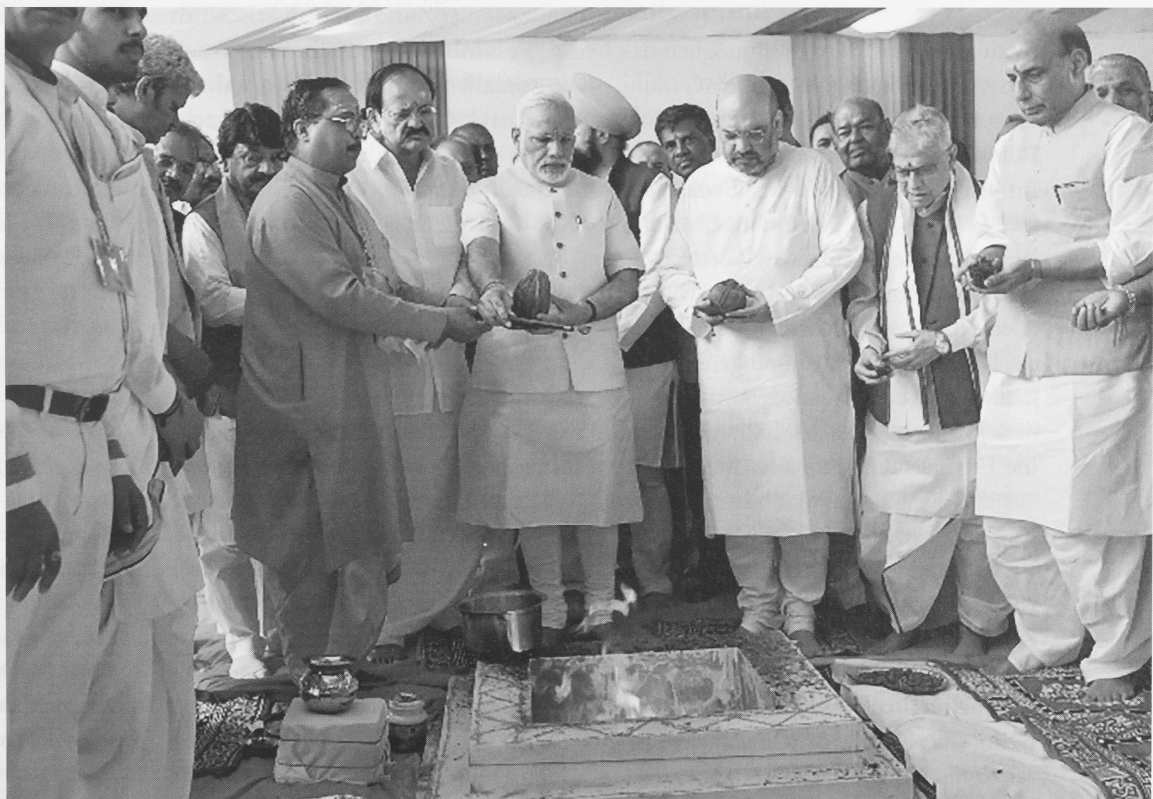
Kasten

Der englische Begriff „Secularism“, der sich vom Deutschen „Säkularismus“ oder dem Französischen „Laïcisme“ unterscheidet, ist schwerlich ins Hindi oder andere indische Sprachen zu übersetzen. In der Hindi-Version der Verfassung wurde der Begriff „secular“ zunächst mit „*dharm-nirpeksh*“ (unabhängig vom dharma – der ewigen Ordnung – im Sinne von „Religion“) übersetzt. Dies impliziert also eher eine Trennung von Staat und Religion im laizistischen Sinne. Später wurde es durch „*panth-nirpeksh*“ (unabhängig von „Pfadern“ oder religiösen Strömungen) ersetzt, was impliziert, dass es keine Staatsreligion gibt.

Eine noch nicht aufgeklärte Lücke

Diese beiden Wörter – säkular und sozialistisch – wurden in die Präambel der Verfassung aufgenommen, als die meisten Oppositionspolitiker für ihren Widerstand gegen den Ausnahmezustand inhaftiert waren. Da sie aber auch im Rahmen der 44. Änderung der Verfassung unter der Regierung der Janata Party nicht wieder entfernt wurden, lässt schließen, dass es durchaus einen Konsens der politischen Eliten gab, diese beiden Worte in die Verfassung aufzunehmen und beizubehalten.

Kommen wir noch einmal auf die Frage zurück, warum die Gründungsväter der Republik diese Worte nicht sofort mit in die Verfassung aufnahmen. Verschiedene Wissenschaftler haben versucht, dies zu erklären. In seiner Ansprache beim Indischen Historikerkongress in Malda (Westbengalen) 2015 argumentierte ihr Präsident, Sabyasachi Bhattacharya, dass es Nehrus und Ambedkars Vertrauen in die großen Grundwerte „Gleichheit“ und „Gerechtigkeit“ gewesen sei, die sie dazu angehalten habe, Säkularismus



Grundsteinlegung für das neue BJP-Headquarter durch Narendra Modi im August 2016 in New Delhi

Bild: Narendra Modi bei flickr.com (CC BY 2.0)



BJP Anhänger 2009

Bild: Al Jazeera English flickr.com
(CC BY-SA 2.0)

und Sozialismus nicht explizit mit in die Verfassung aufzunehmen. Da wundert man sich schon, wie man von Gleichheit und Gerechtigkeit in einer multi-religiösen Gesellschaft sprechen kann, ohne ein Konzept von Säkularismus zu verwenden.

Darüber hinaus wäre es unmöglich davon zu sprechen, dass Indira Gandhi die größere Verteidigerin der indischen Minderheiten oder eine größere Patriotin war als Nehru oder Ambedkar. Es gibt bislang wenig Erkenntnis über ihre Beweggründe, diese beiden Wörter in die Präambel aufnehmen zu lassen. War sie alleine dafür verantwortlich, oder ließ sie sich von Beratern dazu drängen? In seinen kürzlich erschienen Memoiren schildert Präsident Pranab Mukherjee, dass die Premierministerin den Ausnahmezustand auf Rat von Siddhartha Sankar Ray, dem damaligen Chief Minister von Westbengalen, ausgerufen habe. Darüber hinaus war Indira Gandhi nicht nur irgendeine Premierministerin Indiens, wie etwa H.D. Deve Gowda², sie war auch Nehrus Tochter. War sie eingeweiht, warum Nehru nicht auf den Einschub der beiden Worte bestanden hat-

te? Zu diesen Fragen gibt es noch keine klaren Antworten.

Andere, wie der ehemalige Diplomat und heutige Politiker Pavan K. Varma (Janata Party), argumentieren, dass die Gefahr der Hindutva-Ideologie für die säkulare Ausrichtung der indischen Republik in den 1970er Jahren weitaus größer gewesen sei als heute. Deshalb habe es Indira Gandhi für notwendig befunden, „säkular“ und „sozialistisch“ in die Präambel aufzunehmen. Auch die sozialistische Ikone Jayaprakash Narayan (1902-79) war über den wachsenden Einfluss des hindu-nationalistischen *Rashtriya Swayamsevak Sangh* (RSS) auf die Regierung von Morarji

Zum Autor

Shaikh Mujibur Rehman ist der Herausgeber des Bandes (2016): *Communalism in Postcolonial India: Changing Contours*. Routledge. Er lehrt an der *Jamia Millia Central University* in Delhi.



Endnoten

¹ Prof. K.T. Shah (gest. 1953) war Ökonom und Mitgründer des *United Trade Union Congress*. Er

Desai(1977-1979) besorgte und schrieb einen Offenen Brief darüber.

So wie es derzeit aussieht, kann die Frage, warum das Wort „*secular*“ nicht von Anfang an in der Präambel der indischen Verfassung enthalten war, nicht überzeugend beantwortet werden. Das gibt den Hindu-Nationalisten eine komfortable Position, um die Debatte in ihre Richtung und für eine Entfernung des Wortes zu drehen.

Aus dem Englischen übersetzt von Fabian Falter

Der Artikel erschien zuerst unter dem Titel „Why Diversity needs Secularism“ am 02. November 2016 in der Tageszeitung The Hindu.

forderte, der Staat solle sich vollkommen neutral gegenüber allen Religionsangelegenheiten seiner Bürger verhalten. Die Republik Indien sollte mit den Attributen „*secular federal socialist*“ umschrieben werden.

² H.D. Deve Gowda (geb. 1933) war 1996-97 für etwa zehn Monate Premierminister der Koalition kleinerer Parteien ohne Beteiligung der Kongresspartei oder der BJP.